

Bitte Zutreffendes ankreuzen Bitte sorgfältig in Druckschrift ausfüllen

Hinweis: Wer Sozialleistungen beantragt, muss nach § 47 BAföG i.V.m. § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch alle für die Sachaufklärung erforderlichen Tatsachen angeben und die verlangten Nachweise vorlegen. Ihre Angaben sind aufgrund der Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über den Antrag erforderlich (§ 67 a Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz).

Zeile

Name, Geburtsname der/des Auszubildenden

1

Vorname

2

Geburtsdatum, Geburtsort

3



Erklärung

des Ehegatten des Vaters der Mutter

(Angaben zu Zeilen 6 bis 44 beziehen sich auf den Bewilligungszeitraum)

Angaben zur Person

Name, Geburtsname		Vorname	Geburtsdatum
Straße, Hausnummer		Telefon (mit Vorwahl) - Angabe freiwillig	
evtl. Ausl.-Kennbuchstaben	PLZ, Ort	E-Mail - Angabe freiwillig	

10 ledig; verheiratet dauernd getrennt lebend verwitwet geschieden seit

11 Erwerbstätig als Arbeiterin/Arbeiter Angestellte/Angestellter Beamtin/Beamter Selbständige/Selbständiger Nicht mehr erwerbstätig seit

Kinder - ohne Antragsteller/in - soweit sie von Ihnen unterhalten werden, sich in Ausbildung befinden oder in Ihren Haushalt aufgenommen wurden (weitere Kinder bitte auf zusätzlichem Blatt angeben)

	1. Kind	2. Kind	3. Kind
14			
15	Name, Vorname		
16	Geburtsdatum		
17	Wohnung <input type="checkbox"/> bei den Eltern <input type="checkbox"/> nicht bei den Eltern	<input type="checkbox"/> bei den Eltern <input type="checkbox"/> nicht bei den Eltern	<input type="checkbox"/> bei den Eltern <input type="checkbox"/> nicht bei den Eltern
18	Gemeinsames Kind der Eltern <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein, Kind nur im Verhältnis	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein, Kind nur im Verhältnis	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein, Kind nur im Verhältnis
19	der/des Auszubildenden bzw. gemeinsames Kind der/des Auszubildenden und des Ehegatten		
20	<input type="checkbox"/> zum Vater der/des Auszubildenden	<input type="checkbox"/> zum Vater der/des Auszubildenden	<input type="checkbox"/> zum Vater der/des Auszubildenden
21	<input type="checkbox"/> zur Mutter der/des Auszubildenden	<input type="checkbox"/> zur Mutter der/des Auszubildenden	<input type="checkbox"/> zur Mutter der/des Auszubildenden
22	<input type="checkbox"/> zum Ehegatten der/des Auszubildenden	<input type="checkbox"/> zum Ehegatten der/des Auszubildenden	<input type="checkbox"/> zum Ehegatten der/des Auszubildenden
23	<input type="checkbox"/> Stiefkind, Pflegekind, Enkelkind - soweit in Ihren Haushalt aufgenommen	<input type="checkbox"/> Stiefkind, Pflegekind, Enkelkind - soweit in Ihren Haushalt aufgenommen	<input type="checkbox"/> Stiefkind, Pflegekind, Enkelkind - soweit in Ihren Haushalt aufgenommen
24	Name der Ausbildungsstätte		
25	Art des Ausbildungsverhältnisses		
26	derzeitige/s Klasse/Semester		
27	Ausbildungsbeginn	Monat/Jahr	Monat/Jahr
28	voraussichtliches Ausbildungsende	Monat/Jahr	Monat/Jahr
29	voraussichtlicher Abschluss als	Art	Art
30	Ausbildungsmaßnahmen zur beruflichen Förderung als behinderter Mensch <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
31	Art der Einnahme/n (Belege bitte in Kopie beifügen)		
32	Einnahmen monatlich	EUR	EUR

Formblatt 3

Förderungsnummer

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Eingangsstempel



Zeile

33 Ihnen gegenüber unterhaltsberechtigte **Person/en** (z.B. dauernd getrennt lebender/geschiedener Ehegatte, zweiter Ehegatte, Eltern)



34	Name, Geburtsname a)	Vorname	Geburtsdatum
35	Name, Geburtsname b)	Vorname	Geburtsdatum

36 Gegebenenfalls Art der gegenwärtigen Ausbildung

37	zu a)	vorauss. Abschluss
38	zu b)	vorauss. Abschluss

39 Verwandtschaftsverhältnis oder sonstiger Grund der gesetzlichen Unterhaltspflicht

40	zu a)
41	zu b)

42 Art und Höhe der Einnahmen der ab Zeile 33 genannten Person/en im Bewilligungszeitraum

43	zu a)	brutto	EUR	
44	zu b)	brutto	EUR	

45 **Für alle nachfolgenden Fragen sind die Verhältnisse im vorletzten Kalenderjahr vor Beginn des Bewilligungszeitraumes (BWZ) maßgebend,**

46 also die des Kalenderjahres

47 **Art der Erwerbstätigkeit**

- 48 erwerbstätig als rentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in (z.B. Arbeiter/in, Angestellte/r) oder in Ausbildung
- 49 erwerbstätig als nichtrentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in oder erwerbstätige Person im Ruhestandsalter (z.B. Beamtin/Beamter oder Beamtin/Beamter im Ruhestand)
- 50 erwerbstätig als Nichtarbeitnehmer/in (z.B. Selbständige/r) oder auf Antrag von der Rentenversicherungspflicht befreite/r oder wegen geringfügiger Beschäftigung versicherungsfreie/r Arbeitnehmer/in
- 51 nicht erwerbstätig oder im Ruhestandsalter nicht erwerbstätig (z.B. Altersrentner/in)



52 **Wurden Sie** für das nach Zeile 46 maßgebliche Kalenderjahr zur **Einkommensteuer** veranlagt? ja, (Bescheid in Kopie beifügen) nein



53 **Werden Sie noch** für das nach Zeile 46 maßgebliche Kalenderjahr zur **Einkommensteuer** veranlagt? ja, (Bescheid nach Erhalt in Kopie übersenden) nein

54 Erfolgte eine **Antragsveranlagung** nach § 46 Abs. 2 Nr. 8 EStG (früherer **Lohnsteuerjahresausgleich**)? ja, (Bescheid in Kopie beifügen) nein

55 Die Veranlagung erfolgte/e zusammen mit

- 56 dem derzeitigen Ehegatten dem Vater der/des Auszubildenden der Mutter der/des Auszubildenden

57	beim Finanzamt	Steuer-Nr.
----	----------------	------------

58 Angaben zur **Kirchensteuer**, soweit nicht im Steuerbescheid enthalten (Bescheid in Kopie beifügen) Jahressumme EUR

59 **Nicht vom Ehegatten der/des Auszubildenden auszufüllen (Zeilen 60-64):**

60 Wurde für ein in Ihrem (Teil-)Eigentum stehendes und von Ihnen **selbstgenutztes Einfamilienhaus** (nicht Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung) oder für eine in Ihrem (Teil-)Eigentum stehende und von Ihnen **selbstgenutzte Eigentumswohnung** ein Abzug nach §§ 10 e, 10 i EStG vom Finanzamt anerkannt

61 nein ja (Einheitswertbescheid in Kopie beifügen, soweit nicht schon vorgelegt)

62 wenn ja, - Abzug nach §§ 10 e, 10 i EStG in Höhe von EUR wurde berücksichtigt als Sonderausgaben.

63 Waren Sie dort mit Ihrem ersten Wohnsitz gemeldet? ja nein

64 **(Abfrage nach dem ersten Wohnsitz gilt nicht bei Abzug nach §§ 10 e Abs. 6, 10 i EStG)**

Zeile

65 Wenn keine Veranlagung zur Einkommensteuer durchgeführt worden ist und auch nicht mehr durchgeführt wird (Nachweise in Kopie beifügen) Jahresbruttobetrag der Einnahmen hierauf gezahlte/abgeführte Steuern
 EUR EUR

66 Wenn Einnahmen im Steuerbescheid nicht enthalten sind (z.B. wegen Geringfügigkeit vom Arbeitgeber pauschal versteuerte Einnahmen) - Nachweise in Kopie beifügen -
 EUR

67 Wenn Einnahmen im Ausland erzielt wurden (Nachweise in Kopie beifügen)

Staat	Jahresbruttobetrag	Währung	Steuerbetrag	Währung
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

68

69 **Einnahmen, die aufgrund des Auslandstätigkeitserlasses nicht versteuert wurden** (Nachweise in Kopie beifügen) Jahressumme EUR

70 **Wurden vom Arbeitgeber vermögenswirksame Leistungen erbracht?** ja nein

71 **Renten** (Bescheide bzw. Rentenmitteilungen in Kopie beifügen)

72 Art der Renten

<input type="text"/>	Brutto-Jahressumme	EUR	<input type="text"/>
<input type="text"/>	Brutto-Jahressumme	EUR	<input type="text"/>
<input type="text"/>	Brutto-Jahressumme	EUR	<input type="text"/>

76 **Unterhaltsleistungen von**

77 Jahressumme EUR

78 **Einnahmen nach der BAföG - Einkommensverordnung** (Nachweise in Kopie beifügen)
 ➔ Abgedruckt in den Erläuterungen zu Formblatt 3

79 Arbeitslosengeld/Arbeitslosenhilfe/Unterhaltsgeld	Jahressumme	EUR	<input type="text"/>
80 Krankengeld	Netto-Jahressumme	EUR	<input type="text"/>
81 Insolvenzgeld	Jahressumme	EUR	<input type="text"/>
82 Überbrückungsgeld	Jahressumme	EUR	<input type="text"/>
83 Übergangsgeld	Jahressumme	EUR	<input type="text"/>
84 Kurzarbeitergeld	Jahressumme	EUR	<input type="text"/>
85 Abfindungen (steuerfreier Teil)	Jahressumme	EUR	<input type="text"/>
86 Aufstockungsbeträge nach dem Altersteilzeitgesetz	Jahressumme	EUR	<input type="text"/>

87 **Bezogen Sie andere Einnahmen nach der BAföG-Einkommensverordnung?**

88 nein

89 ja, und zwar Jahressumme EUR

90 **Weitere Einnahmen, soweit nicht unter Zeilen 65-89 aufgeführt** Jahressumme EUR

91 (Nachweise in Kopie beifügen)

Diese Erklärung kann dem Amt auch getrennt vom Antrag der/des Auszubildenden übersandt werden.

Sollen Angaben über das Einkommen nicht in den Bewilligungsbescheid aufgenommen werden, teilen Sie dies bitte dem Amt für Ausbildungsförderung unter Angabe von Gründen schriftlich mit.

Wenn das aktuelle Einkommen des erklärenden Ehegatten oder Elternteils voraussichtlich wesentlich niedriger ist als im maßgeblichen Kalenderjahr (Zeilen 45 und 46), kann auf **besonderen Antrag** der/des Auszubildenden von den **Einkommensverhältnissen im Bewilligungszeitraum (BWZ)** ausgegangen werden. Der Antrag (Formblatt 7 - Antrag auf Aktualisierung) muss spätestens bis zum Ende des BWZ gestellt werden.

Zur Vermeidung unbilliger Härten (z.B. Behindertenpauschbetrag) kann auf **besonderen Antrag** über die üblichen Freibeträge hinaus vom Einkommen des Ehegatten oder der Eltern ein weiterer Teil anrechnungsfrei bleiben. Dieser Antrag muss ebenfalls spätestens bis zum Ende des BWZ gestellt werden.

Mir ist bekannt,

- a) dass ich verpflichtet bin, jede Änderung der Familien- und Ausbildungsverhältnisse, über die ich hier Erklärungen abgegeben habe, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung schriftlich anzuzeigen;
- b) dass die Adressangaben dem Bundesverwaltungsamt im Rahmen der Rückforderung von BAföG-Darlehen für Zwecke der Anschriftenermittlung des Darlehensnehmers übermittelt werden;**
- c) dass unrichtige oder unvollständige Angaben oder das Unterlassen von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass ich verpflichtet bin, Beträge zu ersetzen, die durch vorsätzlich oder fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben oder durch Unterlassung einer Änderungsanzeige geleistet wurden und dass die zu Unrecht erfolgten Leistungen aus öffentlichen Kassen mit sechs von Hundert für das Jahr zu verzinsen sind.
- d) dass meine Angaben in dieser Erklärung beim zuständigen Sozialleistungsträger, Finanzamt und beim Arbeitgeber überprüft werden können;
- e) dass das Amt für Ausbildungsförderung von mir Beträge fordern kann, die meinem Sohn/meiner Tochter vorausgeleistet werden, wenn ich den nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (§ 1610 Abs. 2) während der Ausbildung zu zahlenden Unterhaltsbetrag nicht leiste und dass dies auch für die Vergangenheit möglich ist, soweit Leistungen rückwirkend erbracht werden. Ich weiß, dass diese Forderung die Höhe der Bedarfssätze für Schüler zwischen ** EUR und ** EUR und für Studenten zwischen ** EUR und ** EUR erreichen kann. Bei besonderen ausbildungsbedingten Aufwendungen können sich diese Sätze erhöhen.**

Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind und im Druckteil keine Änderungen vorgenommen wurden.

Ort, Datum

Unterschrift der/des Erklärenden

Zusatzerklärung für Elternteile ohne Einkommen

Falls die vorstehende Erklärung von einem Elternteil der/des Auszubildenden abgegeben wird, kann der andere Elternteil nachstehende Zusatzerklärung abgeben. Gibt er sie ab, so entfällt seine Verpflichtung, eine eigene Erklärung nach diesem Formblatt abzugeben.

Vorname, Nachname (ggf. Geburtsname)

Ich,

erkläre, dass ich im maßgeblichen Kalenderjahr, also im Kalenderjahr

kein eigenes Einkommen hatte, das in diesem Formblatt anzugeben wäre.

Wenn Sie sich im Bewilligungszeitraum in Ausbildung befinden, bitte Art und Dauer der Ausbildung angeben.

Mir ist bekannt,

- a) dass ich verpflichtet bin, jede Änderung der Familien- und Ausbildungsverhältnisse, über die in dieser Erklärung Angaben gemacht worden sind, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung schriftlich anzuzeigen;
- b) dass unrichtige oder unvollständige Angaben oder das Unterlassen von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass ich verpflichtet bin, Beträge zu ersetzen, die durch vorsätzlich oder fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben oder durch Unterlassung einer Änderungsanzeige geleistet wurden und dass die zu Unrecht erfolgten Leistungen aus öffentlichen Kassen mit sechs von Hundert für das Jahr zu verzinsen sind.

Ort, Datum

Unterschrift der/des Erklärenden

Erläuterungen zur Einkommenserklärung des Ehegatten des/der Auszubildenden oder des Vaters und der Mutter des/der Auszubildenden - Formblatt 3 -

Erklärungspflicht:

Die Beantwortung der Fragen ist, soweit nichts anderes angegeben ist, zur Durchführung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) erforderlich (§ 67a Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 46 Abs. 3 BAföG, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz). Sie sind nach dem BAföG zur Auskunft verpflichtet (§ 47 Abs. 4 BAföG i.V.m. § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch). Kommen Sie dieser Mitwirkungspflicht nicht nach, so kann die Leistung von Ausbildungsförderung nach dem BAföG versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Ersatzpflicht:

Haben Sie die Leistung von Ausbildungsförderung an die/den Auszubildende/n dadurch herbeigeführt,
- dass Sie vorsätzlich oder fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben gemacht haben
oder

- dass Sie Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung von Ausbildungsförderung erheblich sind oder über die von Ihnen im Zusammenhang mit der Leistung von Ausbildungsförderung Erklärungen abgegeben worden sind, nicht unverzüglich mitgeteilt (§ 60 Abs. 1 Nr. 2 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch),
so haben Sie den Betrag, der nach dem BAföG der/dem Auszubildenden als Förderungsbetrag zu Unrecht geleistet worden ist, verzinst zu ersetzen.

Datenschutz:

Die Daten werden maschinell verarbeitet und gespeichert. Über Art und Umfang der über Sie gespeicherten Daten können Sie Auskunft verlangen.

Besonderheit:

Für jeden Elternteil mit eigenem Einkommen ist eine eigene Erklärung erforderlich. Ein Elternteil ohne Einkommen kann an Stelle einer eigenen Erklärung die **Zusatzklärung auf Seite 4** abgeben. Der **Ehegatte der/des Auszubildenden** muss ebenfalls eine eigene Erklärung abgeben.

Bitte füllen Sie das Formblatt sorgfältig und gut lesbar aus. Beachten Sie bitte die nachfolgenden Hinweise und fügen Sie die erforderlichen **Belege** und **Nachweise** im Original oder in Kopie bei. Bei Kontoauszügen können die Angaben, die für die Entscheidung über den Antrag nicht erforderlich sind, von Ihnen geschwärzt werden. Sollten Sie zu diesem Formblatt Fragen haben, wenden Sie sich bitte an das zuständige Amt für Ausbildungsförderung.

Sollen Angaben über Ihr Einkommen nicht in den Bewilligungsbescheid aufgenommen werden, so teilen Sie dies dem Amt für Ausbildungsförderung unter Angabe von Gründen schriftlich mit. Dieses Formblatt können Sie auch getrennt vom Antrag der/des Auszubildenden dem Amt für Ausbildungsförderung unmittelbar übersenden. Es muss dann unbedingt die Förderungsnummer oder einen Hinweis auf die Ausbildungsstätte/Fachrichtung enthalten.

Was Sie beim Ausfüllen beachten müssen:**Zeile 4**

Wenn Sie als Ehegatte der/des Auszubildenden von ihr/ihm dauernd getrennt leben, sind Einkommensangaben nicht erforderlich. Gemeint ist hier der leibliche oder Adoptivelternteil.

Zeile 5

Der Bewilligungszeitraum ist in der Regel das Schul- oder Studienjahr.

Zeile 9

Verwenden Sie bei einer Anschrift im Ausland nur die für den ausländischen Staat international gebräuchlichen Buchstaben (z.B. NL für Niederlande, A für Österreich).

Zeile 12

Den/Die Antragsteller/in und Zivil- und Wehrdienstleistende bitte nicht eintragen. Folgende Kinder bitte angeben: Eheliche, für ehelich erklärte, an Kindes Statt angenommene und nichteheliche Kinder.

Zeile 24

Geben Sie bitte folgende Ausbildungsstättenarten an:

Grundschule/Hauptschule, Realschule **oder** Gymnasium, Gesamtschule, Berufsfachschule, Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt **oder** Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt **oder** Fachschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt **oder** Fachschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt **oder** Abendhauptschule, Berufsaufbauschule, Abendrealschule, Abendgymnasium, Kolleg **oder** Höhere Fachschule, Akademie, Hochschule.

Zeile 31

Einnahmen sind z.B. Ausbildungsvergütung, Einnahmen aus einem Arbeitsverhältnis, aus Ferien- oder Gelegenheitsarbeit, Unterhaltsleistungen, soweit sie nicht vom erklärenden Elternteil selbst erbracht werden (z.B. Unterhaltsleistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz).

Zeile 33

Ihnen gegenüber nicht unterhaltsberechtig sind Verwandte in der Seitenlinie wie Geschwister, Onkel und Schwiegereltern sondern nur Verwandte in gerader Linie wie Eltern.

Achtung !

Bei Nichtbeachtung sind nachteilige Auswirkungen auf die Förderungshöhe möglich:

Soweit im Zeitpunkt der Abgabe der Erklärung eines der hier aufgeführten Kinder noch nicht in einer Ausbildung steht, der Beginn der Ausbildung aber bereits abzusehen ist, teilen Sie dies dem Amt für Ausbildungsförderung bitte formlos mit. Beendet ein Kind im Laufe des Bewilligungszeitraums die Ausbildung, so teilen Sie bitte den Zeitpunkt des Ausbildungsendes mit; dabei ist auch anzugeben, ob und welche weitere Ausbildung das Kind in dem verbleibenden Bewilligungszeitraum aufnimmt und in welcher Höhe es während dieser Zeit eigenes Einkommen erzielt.

Zeile 50

Wenn Sie als Arbeitnehmer/in auf Antrag von der Rentenversicherungspflicht befreit sind, fügen Sie bitte einen Nachweis bei.

Zeilen 52 bis 54

Ihr Einkommen weisen Sie bitte durch einen endgültigen oder unter dem Vorbehalt der Nachprüfung ergangenen Steuerbescheid nach.

Wenn noch kein Steuerbescheid ergangen ist, legen Sie bitte hilfsweise die abgegebene Steuererklärung vor.

Haben Sie auch noch keine Steuererklärung abgegeben, so legen Sie bitte den letzten Steuerbescheid vor.

Zeile 65

Wenn Sie weder zur Einkommensteuer veranlagt werden, noch eine Veranlagung beantragt haben (s. Zeilen 52-54) geben Sie bitte Ihre Einkünfte aus Landwirtschaft und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, selbständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung, sonstige Einkünfte im Sinne des § 22 EStG und Ihre Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit an.

Zeile 66

Bitte legen Sie eine Bescheinigung des Arbeitgebers über die Bruttoeinnahmen vor.

Zeile 67

Bitte geben Sie ausländische Einnahmen nur an, soweit sie nicht im Einkommensteuerbescheid enthalten sind. **Bitte legen Sie Verdienstnachweise vor.** Weisen Sie bitte etwaige über den steuerlichen Pauschbetrag hinausgehende Werbungskosten gesondert nach.

Zeile 69

Einnahmen nach dem Auslandstätigkeitserlass werden der Besteuerung nicht unterzogen, sind aber Einnahmen im Sinne des Bundesausbildungsförderungsgesetzes.

Zeile 71

Zu den Renten gehören Renten wegen Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit, Altersruhegeld incl. Rententeile nach dem Hinterbliebenen- und Erziehungszeitengesetz, Witwenrenten, Renten aus einer landwirtschaftlichen Alterskasse, Renten nach dem Künstlerversicherungsgesetz, Ärzteversicherungen, Lebensversicherungen auf Rentenbasis, Firmenrenten und Beträge aus Zusatzversorgungskassen (z.B. VBL-Leistungen) sowie Unfallrenten aus einer gesetzlichen oder privaten Unfallversicherung, jeweils einschließlich etwaiger Kinderzuschüsse und Kinderzulagen.

Hierzu gehören weiterhin Versorgungsrenten nach dem BVG und den Gesetzen, die das BVG für anwendbar erklären und Renten nach §§ 31 bis 34 Bundesentschädigungsgesetz ohne Grundrente bzw. eines der Grundrente nach dem BVG entsprechenden Betrages und ohne Schwerstbeschädigtenzulage, Zulage für fremde Führung, Pauschbeträge für Kleider- und Wäscheverschleiß und Pflegezulage.

Gesetze, die das BVG für anwendbar erklären, sind:

das Soldatenversorgungsgesetz (§ 80), Zivildienstgesetz (§ 47), Bundesgrenzschutzgesetz (§ 59 Abs. 1), Häftlingshilfegesetz (§§ 4 und 5), Gesetz über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen (§ 3), Gesetz zu Art. 131 Grundgesetz (§§ 66 und 66a), Gesetz zur Einführung des Bundesversorgungsgesetzes im Saarland (§ 5), Gesetz über das Zivilschutzkorps (§ 46) in Verbindung mit dem Soldatenversorgungsgesetz (§ 80), Bundes-Seuchengesetz (§ 51), Infektionsschutzgesetz (§ 60), Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (§ 1).

Zeile 76

Geben Sie hier bitte Unterhaltsleistungen an, die Sie als geschiedener oder dauernd getrennt lebender Elternteil der/des Auszubildenden von einem Ehegatten erhalten, der nicht in Eltern-/Kind-Beziehung zum/zur Auszubildenden steht.

Zeilen 87 bis 89

Geben Sie bitte die Einnahmen nach der BAföG-Einkommensverordnung an, die nicht in den Zeilen 78 bis 86 aufgeführt sind.

Zusammenstellung aller Einnahmen nach der BAföG-Einkommensverordnung:

I. Leistungen der sozialen Sicherung

1. nach dem **Dritten Buch Sozialgesetzbuch** (SGB III) die Entgeltersatzleistungen (§ 116), das Winterausfallgeld (§ 214), Überbrückungsgeld (§ 57) abzüglich der pauschalisierten Sozialversicherungsbeiträge, die Eingliederungshilfe (§ 418);
2. nach dem **Fünften, Sechsten und Siebten Buch Sozialgesetzbuch (SGB V, SGB VI, SGB VII), der Reichsversicherungsordnung (RVO), dem Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte (KVLG), dem Zweiten Gesetz über die Versicherung der Landwirte (KVLG-1989), dem Mutterschutzgesetz (MuSchG)** das Krankengeld (§ 44 ff. SGB V, §§ 12 ff. KVLG 1989), die Leistungen der gesetzlichen Krankenkasse zur Erstattung des Verdienstausfalls bei Tätigkeiten als Haushaltshilfe im Krankheitsfall des Versicherten (§ 38 Abs. 4 SGB V), das Mutterschaftsgeld (§§ 200 ff. RVO, §§ 29 ff. KVLG, § 13 MuSchG) und Zuschuss zum Mutterschaftsgeld (§ 14 MuSchG), soweit sie das Erziehungsgeld nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz oder vergleichbare Leistungen der Länder übersteigen, das Verletzengeld (§§ 45 ff. SGB VII) und das Übergangsgeld (§§ 49 ff. SGB VII, §§ 20 ff. SGB VI);
3. nach dem **Bundesversorgungsgesetz (BVG)** und den **Gesetzen, die das Bundesversorgungsgesetz für anwendbar erklären** das Versorgungskrankengeld (§ 16 BVG), das Übergangsgeld (§ 26a Abs. 1 BVG), die Unterhaltsbeihilfe, wenn der Berechtigte nicht in einer Rehabilitationseinrichtung untergebracht ist (§ 26a Abs. 5 BVG), die laufende ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt, soweit sie außerhalb von Anstalten, Heimen und gleichartigen Einrichtungen für Angehörige i.S. des § 25 Abs. 3 Nr. 2 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) geleistet wird, die mit dem Einkommensbezieher nicht in Haushaltsgemeinschaft leben (§ 27a BVG);
4. nach dem **Lastenausgleichsgesetz (LAG), dem Reparationsschädengesetz (RepG) und dem Flüchtlingshilfegesetz (FlüHG)** jeweils der halbe Betrag der Unterhaltsbeihilfe (§§ 261 bis 278a LAG), der Unterhaltsbeihilfe (§ 10 des Vierzehnten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes), der Beihilfe zum Lebensunterhalt (§§ 301 bis 301b LAG), der Unterhaltsbeihilfe und Unterhaltsbeihilfe (§§ 44, 45 RepG) und der Beihilfe zum Lebensunterhalt (§§ 12 bis 15 FlüHG);
5. nach dem **Unterhaltssicherungsgesetz**, soweit sie nicht zum Ausgleich für den Wehrdienst des Auszubildenden geleistet werden, die allgemeinen Leistungen (§ 5), die Einzelleistungen (§ 6), die Leistungen für grundwehrdienstleistende Sanitätsoffiziere (§ 12a) und die Verdienstausfallentschädigungen (§ 13 Abs. 1, § 13a); Entsprechendes gilt für gleichartige Leistungen nach dem **Zivildienstgesetz** (§ 78) und dem **Bundesgrenzschutzgesetz** (§ 59);
6. nach dem **Beamtenversorgungsgesetz** das Übergangsgeld (§ 47);
7. nach dem **Unterhaltsvorschussgesetz** die Unterhaltsleistung (§§ 1 ff.);
8. Anpassungsgeld nach den **Richtlinien über die Gewährung von Anpassungsgeld an Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaus** vom 13. Dezember 1971 (BAnz. Nr. 233 vom 15. Dezember 1971), zuletzt geändert am 16. Juni 1983 (BAnz. S. 5901);
9. Leistungen aufgrund der **Richtlinie über die Gewährung von Beihilfen für Arbeitnehmer der Eisen- und Stahlindustrie**, die von Maßnahmen im Sinne des Artikels 56 § 2 Buchstabe b des Montanunionvertrages betroffen werden, vom 25. März 1998 (BAnz. S. 4951);
10. nach dem **Soldatenversorgungsgesetz** das Übergangsgeld (§ 37), die Arbeitslosenbeihilfe (§ 86a Abs. 1) und die Arbeitslosenhilfe (§ 86a Abs. 2);
11. Vorruhestandsgeld nach der **Verordnung über die Gewährung von Vorruhestandsgeld** vom 8. Februar 1990 (GBl. 1 Nr. 7 S. 42), die gemäß Anlage II Kapitel VIII Sachgebiet E Abschnitt III Nr. 5 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 und Artikel 4 Nr. 13 der Vereinbarung vom 18. September 1990 in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes vom 28. September 1990 (BGBl. 1990 II S. 885, 1210, 1243) mit Maßgaben weitergilt;
12. Übergangsleistungen nach § 3 der **Berufskrankheiten-Verordnung (BKV)** vom 31. Oktober 1997 (BGBl. I S. 2623).

II. Weitere Einnahmen

1. nach dem **Wehrsoldgesetz** (Geld- und Sachbezüge), der Wehrsold (§ 2), die Verpflegung (§ 3) und die Unterkunft (§ 4); Entsprechendes gilt für gleichartige Leistungen (Geld- und Sachbezüge) nach dem **Zivildienstgesetz** (§ 35), dem **Bundesgrenzschutzgesetz** (§ 59) sowie für Angehörige der Vollzugspolizei und der Berufsfeuerwehr;
2. Vorruhestandsbezüge und diesen gleichstehende Leistungen, soweit sie steuerfrei sind; hierzu zählt auch das Ausgleichsgeld nach dem **Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit (FELEG)** vom 21. Februar 1989 (BGBl. I S. 233), soweit es die Summe des nach § 3 Nr. 27 des Einkommensteuergesetzes (EStG) steuerfreien Betrages nicht übersteigt;
3. Aufstockungsbeträge nach dem **Altersteilzeitgesetz** (§ 3 Abs. 1 Buchstabe a) sowie die Zuschläge, die versicherungsfrei Beschäftigte im Sinne des § 27 Abs. 1 bis 3 des **Dritten Buches Sozialgesetzbuch** zur Aufstockung der Bezüge bei Altersteilzeit nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen erhalten;
4. Abfindungen nach § 3 Nr. 9 des **Einkommensteuergesetzes**;
5. Leistungen, die in Erfüllung einer gesetzlichen Unterhaltspflicht erbracht werden, mit Ausnahme der Leistungen der Eltern der/des Auszubildenden und seines/ihrer Ehegatten;
6. Leistungen nach § 9 Abs. 1 des **Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes**.

III. Einnahmen bei Auslandstätigkeit

1. die Bezüge der Bediensteten internationaler und zwischenstaatlicher Organisationen und Institutionen sowie Bezüge diplomatischer und konsularischer Vertreter fremder Mächte und der ihnen zugewiesenen Bediensteten, soweit diese von der Steuerpflicht befreit sind;
2. Einnahmen nach dem **Bundesbesoldungsgesetz**, der Auslandszuschlag nach § 55 Abs. 1 bis 4 mit 10 vom Hundert des Betrages, der Auslandskinderzuschlag nach § 56 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 mit 50 vom Hundert des Betrages und Auslandskinderzuschlag nach § 56 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 mit 80 vom Hundert des Betrages;

Entsprechendes gilt für vergleichbare Bezüge von Personen, die im öffentlichen Interesse nach außerhalb des Geltungsbereichs des Bundesausbildungsförderungsgesetzes entsandt, vermittelt oder dort beschäftigt sind.

Zeile 88

Geben Sie bitte Einnahmen z.B. der Stiftung Deutsche Sporthilfe an.